

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XXII/19

Bonn, den 26. Januar 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Normalisierung</u>	45

Erste Ergebnisse der neuen deutschen Ostpolitik

2 - 3	<u>Neue Ostpolitik braucht alle Kräfte</u>	92
-------	--	----

Warum ich mich der SPD angeschlossen habe

Von Dr. Heinz Kreuzmann, MdB

4	<u>"Naturgemäß"</u>	35
---	---------------------	----

Ministerialbürokratie in Düsseldorf

Von Fritz Säger, MdB

5	<u>Spaniens "Vertikalsyndikate"</u>	47
---	-------------------------------------	----

Keine Strukturänderung durch das neue Grundgesetz

Von unserem ED-1-Korrespondenten in Madrid

+ + +

Normalisierung

Erste Ergebnisse der neuen deutschen Ostpolitik

sp - Lange Zeit hat man in der Bundesrepublik viel über eine neue Ostpolitik g e r e d e t ; jetzt wird sie g e m a c h t . Wenn es zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn, Bukarest und Budapest - womit gerechnet werden kann - kommt, wird der erste Schritt in Richtung auf eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und einigen südosteuropäischen Ländern getan sein.

Die neue Bundesregierung weiß genau, welche Schwierigkeiten auch nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien und gegebenenfalls zu Ungarn noch bewältigt werden müssen. Wenn man jedoch davon ausgeht, daß zwanzig Jahre verstrichen sind, ohne daß etwas Entscheidendes geschah, wird man dafür Verständnis haben, daß nicht alle in dieser langen Zeit entstandenen Mißverständnisse sofort ausgeräumt werden können.

- * Mehrfach wurde in der letzten Zeit von Bundesaußenminister Willy
- * B r a n á t betont, daß die Normalisierung der Beziehungen
- * zwischen der Bundesrepublik und diesen Ländern gegen niemanden und auch nicht mit dem Ziel angestrebt worden sei, die
- * durch Verträge mannigfaltiger Art miteinander verbundenen Staaten im Osten Europas etwa gegeneinander auszuspielen. Rumänien
- * und Ungarn, die beiden Länder, um die es zunächst geht, sind souveräne Staaten und haben demzufolge in eigener Bestimmung
- * zu klären, zu welcher anderem Staat sie in ein freundschaftliches Verhältnis gelangen wollen.

Aus diesem Grunde wird in Bukarest, Budapest und Bonn gleichermaßen erklärt, die Normalisierung der Beziehungen sei an keine Bedingungen geknüpft und präjudiziere auch nichts, was bei einer späteren Friedensregelung im gesamteuropäischen Raum geklärt werden muß.

Es ist durchaus möglich, daß hier und dort Hemmungen bemerkbar werden. Auch das dürfte durchaus verständlich sein, wenn man bedenkt, daß mehr als zwei Jahrzehnte lang das Bild des neuen Deutschland, das von der Bundesrepublik geprägt wird, in einer Weise dargestellt wurde, die nicht mit den Realitäten unseres demokratischen Lebens in Einklang zu bringen ist. Dieses unrealistische Bild zu korrigieren, wird unter anderem auch eine Aufgabe der neuen Bundesregierung auf dem Wege zu einer konstruktiven deutschen Ostpolitik sein.

Es ist zu begrüßen, daß die Bundesregierung parallel zu dieser Entwicklung eine weltweite diplomatische Aktion gestartet hat, um - besonders in den neutralen Staaten - darzustellen, welche Motive der deutschen Ostpolitik zugrundeliegen. Gestützt auf die überwältigende Mehrheit unseres Volkes, das Freundschaft und Frieden auch mit seinen östlichen Nachbarn anstrebt, kann die neue Bundesregierung ihren Willen zur Sicherung des Friedens in Europa unter Beweis stellen.

Neue Ostpolitik braucht alle Kräfte

Warum ich mich der SPD angeschlossen habe

Von Dr. Heinz Kreuzmann, MdB

Parteiwechsel gilt bei uns in Deutschland beinahe als etwas Unredliches; Was in den traditionellen Demokratien keineswegs ungewöhnlich ist, weder persönliche Freundschaften noch das Ansehen zu stören vermag, ist bei uns in vielen Augen suspekt und von vornherein mit dem Odium des Opportunismus belastet. Wer daher erklärt, den Schritt von einer zur anderen Partei nach gründlicher Prüfung und aus einer inneren Zwangsläufigkeit gegangen zu sein, wird zunächst auf Skepsis stoßen. Ich möchte dennoch den Versuch unternehmen, meine Motive meines Eintritts in die SPD zu erläutern.

Als Inlandsdeutscher war ich als Soldat während des Krieges nach einer schweren Kriegsverletzung in das Sudetenland versetzt worden. 1945 habe ich mit meiner Familie die sudetendeutsche Tragödie an eigenen Leib miterlebt. Das und die Erfahrungen mit der verblenden Ostpolitik Hitlers haben nach 1945 meinen politischen Weg bestimmt. Zwei Aufgaben sah ich vor Augen: denen, die mir einst ihre Gastfreundschaft gewährt hatten, als Mittler zu den Inlandsdeutschen zu dienen und durch ihre soziale Eingliederung dazu beizutragen, aus der Not geborene mögliche Unruheherde auszuschalten. Mein zweites Ziel war, meinen Teil dazu beizutragen, um den durch den Krieg entstandenen Haß zwischen dem deutschen Volk und seinen östlichen Nachbarn, zu überwinden und mit dem Bemühen um die Versöhnung zugleich einen Beitrag für eine aktive deutsche Wiedervereinigungspolitik zu leisten.

Diese Überlegungen haben mich seinerzeit zum damaligen GB/BHE geführt. Er hat in den ersten Jahren seines Bestandes, zu einer Zeit, in der er in den meisten Bundesländern die Sozial-, Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister stellte, mit dazu beitragen können, zu verhindern, daß das deutsche Vertriebenenproblem zu einer ähnlichen Belastung für unser Staatsleben geworden ist, wie in anderen europäischen und außereuropäischen Ländern.

Zur Lösung der zweiten Aufgabe sind gerade im GB/BHE wiederholt Anläufe gemacht worden, die Vertriebenenpolitik aus der reinen Abwehrhaltung heraus, zu einer positiven Alternative zu führen. Das ist besonders auf dem Fuldaer Parteitag von 1956 geschehen, wo mit den "Zehn Punkten zur deutschen Ostpolitik" von fortschrittlichen Kräften innerhalb des damaligen GB/BHE zu einem Zeitpunkt ein Konzept für eine deutsche Ostpolitik vorgelegt wurde, in dem es an solchen Vorstellungen nicht allzuviel gab.

Dieser Versuch, die besonderen ostpolitischen Erfahrungen der Heimatvertriebenen der deutschen Wiedervereinigungspolitik nutzbar zu machen, scheiterte an der Abneigung der deutschen Öffentlich-

keit gegen die "Vertriebenenpartei", aber auch an dem vielfach vorhandenen Unverständnis in den eigenen Reihen. Die Wahlniederlage bei der Bundestagswahl 1957 und die fortschreitende gesellschaftliche Eingliederung der Vertriebenen, die sie zurück zu den politischen Kräften führte, denen sie sich vor der Vertreibung soziologisch zugehörig fühlten, besiegelten das weitere Schicksal des BHE, den die Fusion mit der rechtsgerichteter DP im Jahre 1961 den Todesstoß gab.

In Hessen hat sich die Partei noch verhältnismäßig lange halten können. Sie war dort in sich landsmannschaftlich ziemlich stark geschlossen. Ähnlich wie in Niedersachsen haben sich auch im hessischen Landesverband jene Kräfte in der Führungsspitze behaupten können, die einen ausgesprochen sozialen Kurs mit fortschrittlichen Vorstellungen in der Ost- und Wiedervereinigungspolitik verbanden. So hat man in diesen Kreisen beispielsweise schon in den Jahren 1956/57 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den europäischen Ostblockstaaten angeregt, weil man nur so zu Vorstellungen über die dortige Wirklichkeit käme. Über die Schaffung eines gesamt-europäischen Sicherheitssystems, die Einrichtung einer Art Marshallplanhilfe für Osteuropa, liegen eine ganze Reihe von Ausarbeitungen vor, die teilweise mittlerweile auch von der politischen Wissenschaft bei ihren Untersuchungen registriert wurden.

Nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag, mit dem fortschreitenden Verlust der Landtagsfraktionen haben jedoch alle diese Diskussionen und Untersuchungen den Charakter des Unrealistischen bekommen. Die Versuche, durch Anregung zur Schaffung eines Ostkollegs in Hessen, durch Mitarbeit bei der kulturellen Betreuung der Vertriebenen und bei der Strukturpolitik im hessischen Zonengrenzraum noch Beiträge zur deutschen Ost- und Wiedervereinigungspolitik leisten zu können, waren mehr als begrenzt. Der Verlust der letzten parlamentarischen Bastion der GPD/BHE im Hessischen Landtag, die Bildung der großen Koalition in Bonn und die sich immer deutlicher abzeichnende Tendenz zu einem Zweiparteiensystem haben meinen Freunden und mir die Verantwortung auferlegt, unseren Parteifreunden die Sinnlosigkeit der Fortsetzung des bisherigen Weges klar zu machen. Wir haben das auf einem außerordentlichen Parteitag am 3.12.1966 eindeutig getan. Wir haben, als man uns dort nicht überall verstehen wollte, die Konsequenzen gezogen.

Der weitaus größte Teil derer, die aus der GPD ausschieden - es waren nicht nur die meisten Mitglieder des Landesvorstandes, sondern auch viele gute Köpfe aus den Kreisen - hat sich zum Eintritt in die SPD gemeldet. Das war das Ergebnis einer langen fruchtbaren Zusammenarbeit in der hessischen Landespolitik, die sich auf eine unter Koalitionspartnern seltene Loyalität gründete. Es war aber auch die Überzeugung, daß die weltoffene Sozialdemokratie des Deutschland von heute in ihrer Toleranz und in ihrer auf ein gutes Gewissen gegründeten Standfestigkeit der beste Anwalt der deutschen Wiedervereinigung sein kann, den man sich für unser Volk in seiner jetzigen Lage zu denken vermag.

"Naturgemäß"

Ministerialbürokratie in Düsseldorf

Von Fritz Sänger, MdB

- * Was der Natur gemäß ist, das entspricht einem Vorgang, der *
- * sich so abspielen mußte, wie es geschah, von der Natur her. *
- * Da ist dann alles in guter Ordnung, wenn es "naturgemäß" ver- *
- * läuft oder verlaufen ist. Das mußte so sein. *

* * *

Jemand hat einen nicht uninteressanten Bericht geschrieben über die Situation in der Ministerialbürokratie in Düsseldorf. "Während der langen Regierungszeit der CDU", so heißt es in diesem wirklich lesenswerten Bericht einer großen deutschen Tageszeitung, sei eine "naturgemäß ziemlich einseitige parteipolitische Zusammensetzung vorgenommen worden" - in der Ministerialbürokratie des Landes. Dies steht dort zu lesen. Die Zeitung ist nicht links gerichtet und hat sich über den neuen Ministerpräsidenten Kühn in Düsseldorf nicht gefreut. Sie bescheinigt aber nun, daß er "eine sehr vorsichtige Korrektur" vornehmen werde. Das ist freundlich.

Uns erregte das "naturgemäß" in der parteipolitisch einseitigen Besetzung von Beamtenstellen - in diesem Falle "naturgemäß" durch die CDU. Wäre über eine lange Regierungszeit der SPD zu berichten gewesen und hätte man dann sagen können, daß die Beamtenschaft einseitig zusammengesetzt sei - wir haben begründete Zweifel, daß dies "naturgemäß" gewesen wäre.

Aber: machen wir die Probe auf das Exempel! In Düsseldorf und auch in Bonn müssen die Korrekturen jetzt notwendigerweise erfolgen, damit eine - so meinen wir! - durchaus unnatürliche Einseitigkeit zugunsten eines unbeeinflussbaren Beamtenapparats beseitigt wird. Es wird höchste Zeit, daß die Naturgemäßheit zu ihrem Recht kommt, nämlich daß ein Zustand herbeigeführt wird, in dem nicht nach dem Parteibuch des Beamten gefragt werden muß. Jetzt ist das nämlich nötig geworden, weil bisher einseitig ausgewählt wurde. Wer wird da nun den Stein aufheben und die Tatsachen wieder einmal auf den Kopf stellen wollen? Wir werden aufmerksam zuschauen - und dann einiges mehr sagen, über Düsseldorf und über Bonn. Wir meinen nämlich, daß auch die längste Regierungszeit keine Partei berechtigt, Pfründen für ihre Anhänger zu schaffen und Beamtenstellen mit Parteigängern zu besetzen, wie es - wir zitieren diese glaubwürdige Zeitung - "naturgemäß" unter den CDU-Regierungen in NRW (und nicht nur dort) geschehen ist.

- + +

Spaniens "Vertikalsyndikate"

Keine Strukturänderung durch das neue Grundgesetz

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Auch nach dem Inkrafttreten des neuen spanischen Grundgesetzes wird sich die Struktur der 26 Vertikalsyndikate, die nach amtlichen Angaben in je zwei Dachorganisationen neun Millionen Arbeitnehmer und drei Millionen Arbeitgeber vereinen, höchstens geringfügig ändern, ohne daß die bisherige offizielle Syndikatspolitik durch die Angleichung des spanischen Syndikatsystems an die übrigen Länder der westlichen Welt aufgegeben wird.

Diese Schlussfolgerung ist der Kern der Ausführungen, die Falango- und Syndikatsminister José Solís-Ruiz im Madrider Sportpalast vor 15 000 Vertretern der im vergangenen Herbst neu gewählten fast 476 000 Vertrauensleute machte und denen gegenüber er zugeben mußte, daß die Zahl der Gegner des gegenwärtigen Systems nicht gering sei. Der Sozialminister ging auch hart mit "einem Teil der Presse" ins Gericht, die zwar über Lohnkonflikte in aller Breite berichte, aber die Schiedsverhandlungen bewußt herunterspiele. Man solle "Liberalismus nicht mit Freiheit" verwechseln, betonte der Minister, der den Gegnern des gegenwärtigen Systems vorwarf, "dafür zu kämpfen, um einen neuen Bürgerkrieg zu entfachen". "Wir sind die neue Demokratie, die soziale Demokratie", rief Solís-Ruiz aus, als er ein statistisches Feuerwerk abrannte und darauf hinwies, daß seit 1960 insgesamt 6 750 Kollektivverträge mit etwa eineinhalb Millionen Unternehmen bei 5,3 Millionen Beschäftigten durch die Vertikalsyndikate abgeschlossen wurden.

Der Präsident des Nationalrats der Arbeiter, José Lafont-Olivoras, widersprach allen Bestrebungen, nach dem neuen spanischen Grundgesetz auch die auf sechs Jahre gewählten Syndikatsvertreter neu durch die Urne zu bestätigen.

Hatte der Leiter dieser Dachorganisation der Arbeitnehmer sich vorwiegend im Fahrwasser der Argumentation des Ministers bewegt, so überraschte der Präsident des Nationalrats der Unternehmer, Luis Galdós, mit harter Kritik an einigen Begleiterscheinungen des spanischen Wirtschaftslebens und an der bisherigen spanischen EWG-Politik. Die spanische Landwirtschaft sei vernachlässigt, die gegenwärtigen Krediteinschränkungen hätten zu Preisanstiegen geführt und drohen eine Arbeitslosigkeit auszulösen. Im vergangenen Jahr stieg der spanische Lebenshaltungsindex um 10,1 Prozent an. Galdós trat auch für Verbesserungen in der Sozialversicherung ein und kritisierte die Geheimnistuerei um die Verhandlung zwischen Spanien und der EWG: "Die Syndikatsorganisation darf von diesen Gesprächen nicht ferngehalten werden, sie muß nicht nur davon unterrichtet werden, sondern soll sogar an ihnen aktiv teilnehmen; Unternehmer wie Arbeiter müssen gehört werden. Die bisherige Geheimnistuerei ist absolut ungerechtfertigt", erklärte Galdós.